

Bernd Vorlaeuer-Germer

Das Schicksal des Josef Schwarzschild aus Steinbach

Am Rand von Frankfurt am Main, ganz im Süden des heutigen Hochtaunuskreises, liegt Steinbach (Taunus), ein kleiner Ort, der eine recht wechselvolle Geschichte als Hessen-Darmstädter Enklave zwischen den preußischen Landesteilen Frankfurt und Hessen-Nassau hat und doch bis in unsere Zeit hin seine kommunale Selbständigkeit bewahren konnte.

1875 verschlug es Abraham Schwarzschild nach Steinbach; bis dahin hatte er sich seinen Lebensunterhalt mühselig als fahrender Händler verdient. Er gab seine bisherige berufliche Tätigkeit auf und wurde Bahnwärter bei der preußischen Eisenbahngesellschaft. Dadurch konnte er auch sesshaft werden. Er heiratete im nahe gelegenen Bommersheim Amalie Grünenbaum und beide bezogen das Bahnwärterhaus bei Kilometer 10,5 am Ende des Wingerts, welches bereits auf der südlich gelegenen Eschborner Gemarkung lag. Am 21. November 1908 wurde ihr Sohn Josef geboren.

Josef Schwarzschild besuchte ab 1915 in Steinbach die Schule und absolvierte anschließend eine Lehre als Maurer. Er wurde wie auch anderer seiner Nachbarn Mitglied in einigen der ortsansässigen Vereine, so im Fußballklub „Germania“ und als Nummer 145 auch in der „Pflicht-Feuerwehr“. Er war aktiver Gewerkschafter und, wie Zeitzeugen bekundeten, ein „sozialdemokratisch gesinnter Bürger“.¹ Er heiratete am 24. Januar 1931 in Steinbach Anna Marie Seitz, die mit ihm die gleiche Schule besucht hatte, und sie zogen zusammen in das Elternhaus der Braut in der Schwanengasse 5. Es waren einfache Leute. Sie lebten „unauffällig und unbehelligt“² und teilten im Alltagsleben Freud und Leid mit den anderen Nachbarn. Die große Hilfsbereitschaft von „Seppel“, wie Josef schon von seinen Schulfreunden genannt wurde, war sprichwörtlich im Ort. So half er ihnen beim Bau ihrer Häuser. Die Familie, so sollte man meinen, war integriert in die Dorfgemeinschaft.

Doch nach der Machtübertragung an die Nazis 1933 sollte sich das bald ändern, denn Josef Schwarzschild hatte für diese einen entscheidenden Makel: Er war Jude. So musste er 1934 seinen Beruf als Maurer aufgeben, denn jetzt wollte kein Polier mehr einen Juden in seinem Bautrupps dulden. Josef Schwarzschild wurde notgedrungen einfacher Hilfsarbeiter bei der Deutschen Reichsbahn. Bis in die Mitte der dreißiger Jahre konnte er auch noch für seine Gemeinde als „Wasserfahrer“ bei der Feuerwehr bleiben, danach verboten die „Nürnberger Rassegesetze“ auch dies. Freunde aus der Jugendzeit begannen das Paar zu meiden und er wurde allmählich immer mehr an den Rand der Gemeinschaft gedrängt. Doch seine „arische“ Frau hielt trotz der allgemeinen Anfeindungen tapfer zu ihm, eine ihr nahe gelegte Scheidung lehnte sie auch weiterhin standhaft ab.

Eine schlichte Vergesslichkeit soll Josef Schwarzschild am 20. April 1943 angeblich zum Verhängnis geworden sein, denn er soll beim Weggehen an seiner gerade angelegten Oberbekleidung den für Juden vorgeschriebenen gelben Davidstern vergessen haben zu befestigen. So zumindest der lokale Ortsgruppenleiter der NSDAP, der ihn schon lange „auf dem Kieker“ hatte. An diesem Tag, Hitlers Geburtstag, konnte er ihn endlich mit einem anscheinend bewusst konstruierten Vergehen bei der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) anzeigen. Josef Schwarzschild wurde zum Verhör nach Offenbach gebracht, wo er dann auch einige Wochen in Polizeihaft verbringen musste. Danach wurde er wohl durch die zuständige Staatspolizeileitstelle Darmstadt vorerst ins so genannte Arbeitserziehungslager der Gestapo Frankfurt am Main in Heddernheim eingeliefert.

¹ Frank Oliver Weinert in einem zweiteiligen Zeitungsbericht über Josef Schwarzschild am 12. und 13. Mai 1995 im „Oberurseler Kurier“.

² Manfred Hundt, zitiert im Zeitungsartikel von Eva Schultheis am 10.05.1996 in der „Frankfurter Rundschau“ (Lokalausgabe Hochtaunuskreis).

„Arbeitserziehungslager“ des NS-Regimes

Mit dem Fortschreiten des II. Weltkrieges wurden immer mehr deutsche Arbeitskräfte eingezogen, um an der Front in Hitlers Krieg eingesetzt zu werden. Die dadurch entstandenen Lücken in der Industrie, besonders in der Rüstungsindustrie, aber auch überall beim Handwerk, in der Landwirtschaft, in den Kommunen und anderen Teilen der Gesellschaft, wurden durch „Fremdarbeiter“ aus den vom Deutschen Reich überfallenen Nachbarländern geschlossen. Um die Beschaffung von immer neuen Arbeitskräften kümmerte sich der 1942 von Hitler eingesetzte „Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz“, Fritz Sauckel³ – in enger Zusammenarbeit mit den Machtorganen des NS-Regimes. In einem Protokoll von 1944 berichtete er, dass lediglich 200.000 „Fremdarbeiter“ freiwillig nach Deutschland gekommen seien – aufgrund von später nicht eingehaltenen Versprechungen. Alle anderen wurden zwangsweise aus dem gesamten Machtbereich der NS-Staates mit allen Mitteln zusammengeholt, zum Teil sogar auf den Straßen eingefangen, in Sammellager gesteckt und mit Eisenbahnwaggons deportiert und in die Nähe ihrer zukünftigen Einsatzorte geschafft. Die Landesarbeitsämter dienten als regionale staatliche Erfassungs- und Kontrollzentren, die auch in der Disziplinierung der Beschäftigten eine wichtige Rolle spielten.⁴ Die Arbeitsämter verteilten sie dann auf diejenigen Betriebe, die vorher ihren Arbeitskräftebedarf bei ihnen angemeldet hatten. Während des Krieges wurden etwa sechs Millionen ausländische Zivilarbeiter („Fremdarbeiter“ genannt), etwa zwei Millionen Kriegsgefangene und über eine Million KZ-Häftlinge im Deutschen Reich als Zwangs- und Sklavenarbeiter beschäftigt.⁵

Die Arbeitsmoral der zwangsweise in Deutschland eingesetzten Arbeitskräfte war natürlich dementsprechend auch nicht unbedingt hoch, zumal die meisten „Fremdarbeiter“ aus den vom NS-Regime überfallenen Ländern kamen und für die Interessen ihres Kriegsgegners arbeiten sollten. Zudem wurden sie auch Arbeitsstätten zugewiesen, die ihren bisherigen Berufserfahrungen nicht unbedingt entsprachen, oder aber das ihnen zur Verfügung gestellte Material oder die Maschinen waren nicht immer einwandfrei. So konnte dann leicht „Arbeitssabotage“ unterstellt werden, oder es wurden ihnen andere „Delikte“ unterstellt.

Im NS-Staat waren auch die Betriebe nach dem Führerprinzip ausgerichtet. Der Unternehmer hatte fast absolute Verfügungsgewalt über seine „Gefolgschaft“. Er konnte selbständig und ohne juristische Überprüfung Zwangsmaßnahmen gegenüber seinen Arbeitern verfügen, wie Lebensmittelkartenentzug, Prügelstrafe oder Betriebsarrest. Das schärfste Mittel, seine Untergebenen gefügig machen zu können, war ein Antrag an die Gestapo auf Einweisung in ein so genanntes Arbeitserziehungslager.

Solche „Arbeitserziehungslager“ (AEL) wurden durch einen Erlass vom Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern, Heinrich Himmler⁶, am 28. Mai 1941 geregelt.⁷ Darin heißt es in der Sichtweise des NS-Regimes: „Mit dem verstärkten Arbeitseinsatz von Ausländern und anderen Arbeitskräften in wehr- und volkswirtschaftlich wichtigen Betrieben mehren sich die Fälle von Arbeitsverweigerung, denen im Interesse der

³ Fritz Sauckel, geb. 27.10.1894, ab 1927 Gauleiter der NSDAP von Thüringen, wurde vom Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg als Kriegsverbrecher zum Tode verurteilt und am 16. Oktober 1946 gehängt.

⁴ Gabriele Lotfi „KZ der Gestapo. Arbeitserziehungslager im Dritten Reich“, S. 46, Stuttgart/München 2000

⁵ Salomon Korn, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde in Frankfurt am Main, in einer Ansprache zur 61. Wiederkehr des 9. November 1938 in der Westend-Synagoge, abgedruckt in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, Nr. 262 vom 10. November 1999, S. 54.

⁶ Heinrich Himmler, geb. 07.10.1900, 1926-1939 stellvertretender Propagandaleiter der NSDAP, ab Januar 1929 Leiter der Schutzstaffel (SS) und Reichsführer SS, 1930 Reichstagsabgeordneter der NSDAP, 1933 kurze Zeit Polizeipräsident in München und anschließend Kommandeur der politischen Polizei in Bayern, ab April 1934 auch Chef der preußischen und damit der gesamten Gestapo im Deutschen Reich, ab 17.04.1936 auch Chef der Deutschen Polizei, 1939 Reichskommissar zur Festigung des deutschen Volkstums, ab August 1943 Reichsminister des Innern, 1944 Oberbefehlshaber des Ersatzheeres und Chef der Heeresrüstung, Ende 1944 Oberbefehlshaber Oberrhein und danach noch Oberbefehlshaber Weichsel; er beging in britischer Gefangenschaft am 23.05.1945 Selbstmord.

⁷ Bundesarchiv Koblenz (heute in Berlin-Lichterfelde), Bestand: R 58/1027.

Wehrkraft des deutschen Volkes mit allen Mitteln entgegengetreten werden muss. Arbeitskräfte, die die Arbeit verweigern oder in sonstiger Weise die Arbeitsmoral gefährden und zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit in polizeilichen Gewahrsam genommen werden müssen, sind in besonderen Arbeitserziehungslagern zusammenzufassen und dort zu geregelter Arbeit anzuhalten. Die Arbeitserziehungslager sind ausschließlich zur Aufnahme von Arbeitsverweigerern und arbeitsunlustigen Elementen, deren Verhalten einer Arbeitssabotage gleichkommt, bestimmt. Die Einweisung verfolgt einen Erziehungszweck. (...) Die Arbeitserziehungslager haben den Charakter eines Polizeigewahrsams.“ Sie unterstanden dem Inspekteur der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdiensts (SD) und wurden von der Gestapo geführt, die auch die befristete Einweisung verfügte. „Die Dauer der Haft darf höchstens 56 Tage betragen, und zwar sowohl für deutsche wie für ausländische Häftlinge (Polen, Tschechen usw.). (...) Die Häftlinge sind zu strenger Arbeit anzuhalten, um ihnen ihr volksschädigendes Verhalten eindringlich vor Augen zu führen, um sie zu geregelter Arbeit zu erziehen und um Anderen durch sie ein abschreckendes und warnendes Beispiel zu geben.“ Soweit dieser grundlegende Erlass von Himmler zur Errichtung der AEL.

Ein weiterer Erlass Himmlers vom 12. Dezember 1941⁸ konkretisierte und ergänzte die oben genannten Ausführungen noch wie folgt: „In die Arbeitserziehungslager dürfen nur Arbeitsverweigerer sowie arbeitsvertragsbrüchige⁹ und arbeitsunlustige Elemente, deren Verhalten einer Arbeitssabotage gleichkommt und die die allgemeine Arbeitsmoral gefährden und aus diesem Grunde polizeilich festzunehmen waren, eingewiesen werden. Andere Gefangene, insbesondere politische Schutzhäftlinge, sind von der Aufnahme ausgeschlossen. (...) Die Haft beginnt mit dem Zeitpunkt der vorläufigen Festnahme. (...) Häftlinge, bei denen ein Antrag auf Einweisung in ein Konzentrationslager läuft, sind sofort nach Eingang des Schutzhaftbefehls¹⁰ in ein Konzentrationslager zu überstellen. Bei schlechter Führung eines Häftlings hat der Lagerleiter rechtzeitig vor Ablauf der Haft die einweisende Staatspolizei(leit)stelle zu benachrichtigen. Sie entscheidet, ob der Häftling zu entlassen oder weiterhin in Haft zu halten ist.“

Den betroffenen Häftlingen gegenüber erfolgte diese im NS-Sinne durchgeführte „Erziehung“ in Form von besonders schwerer Arbeit, von Drill und Prügeln im Lager selbst und bei benachbarten Betrieben etc. Die AEL waren de facto den Konzentrationslagern (KZ) gleichzusetzen – es waren sozusagen eigene Konzentrationslager der Gestapo.¹¹

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD in Berlin erläuterte in einem Schreiben vom Mai 1944¹², wie diese AEL in Bezug auf KZ einzuordnen sind: „Die Arbeitserziehungslager der Sicherheitspolizei (sind) alles andere als ein Erholungsaufenthalt. (...) Die Arbeitsbedingungen und Lebensverhältnisse für die Insassen sind im allgemeinen härter als in einem Konzentrationslager.“ Es sollte unterschieden werden „zwischen schweren und leichten Fällen des Arbeitsvertragsbruchs und der Dienstpflichtverweigerung.“ Bei schweren Fällen „kommt nur eine Einweisung in ein Konzentrationslager auf zunächst unbeschränkte Dauer in Frage. Das Gleiche gilt für Rückfällige und solche Personen, bei denen von vorne herein zu erwarten ist, dass sie die nächste Gelegenheit, sich der Arbeit im Reich zu entziehen, wieder benutzen. (...) Die Häftlinge der Arbeitserziehungslager werden mit meist schweren körperlichen Arbeiten (Erd-, Transport-, Bergungsarbeiten), die einen häufigen Wechsel der Arbeitskräfte zulassen, beschäftigt.“

⁸ Ebenda.

⁹ Auch für zwangsweise eingesetzte Zivilarbeiter, ebenso für „Fremdarbeiter“, galt ein Arbeitsvertrag mit dem ihnen unfreiwillig zugewiesenen Betrieb. Wenn sie diesen Arbeitsplatz verließen, um z. B. wieder in ihre Heimat zurückzukehren, galten sie als „Arbeitsvertragsbrüchige“ und wurden nach Wiederergreifung dementsprechend von der Gestapo zu AEL-Haft verurteilt.

¹⁰ Diese Schutzhaftbefehle mussten beim Reichssicherheitshauptamt (RSHA) in Berlin beantragt werden, sie waren wiederum die formelle Grundlage für die Einweisung in ein Konzentrationslager.

¹¹ vgl. dazu auch Gabriele Lotfi, a. a. O.

¹² Kopie des Dokuments im Archiv des Verfassers.

„Arbeitserziehungslager“ Heddernheim

Ein solches Arbeitserziehungslager wurde am 1. April 1942 im Frankfurter Stadtteil Heddernheim eröffnet.¹³ „Es ist unmittelbar dem Leiter der Staatspolizeileitstelle unterstellt. Alle Einweisungsbeschlüsse müssen vom Leiter oder dessen Stellvertreter unterzeichnet sein. Lagerleiter ist der Pol.-Insp. Tauber.“¹⁴ Die Häftlinge wurden aus der gesamten umliegenden Region ins AEL Heddernheim eingewiesen; sie hatten vorher z. B. in Mainz, Wetzlar oder Darmstadt gearbeitet. Das AEL Heddernheim wurde von der ortsansässigen Bevölkerung als „KZ Rhein-Main“¹⁵ bezeichnet, die Häftlingstrupps waren wegen ihrer besonderen Kleidung als „Blaue Division“¹⁶ bekannt.

Das AEL Heddernheim lag südwestlich der Eisenbahnlinie von Frankfurt am Main nach Oberursel (Taunus).¹⁷ Es wurde in dem ausgehobenen Gelände, der Lehmkuhle einer früheren Ziegelei, eingerichtet, das am Oberschelder Weg lag. Der Zugang erfolgte vom Zeilweg aus, das Lager umfasste eine Fläche von ca. 1.250 qm.¹⁸ „Das AEL bestand aus einem Wachturm, den Baracken für die Gefangenen, einem „Bunker“, dem Wachraum, einem Entlausungsbad und dem Hundezwinger. Der Appellplatz lag zwischen den Baracken. Die Bezeichnung „Kajenn“ für das Lager durch die Heddernheimer deutete auf die berüchtigte „Teufelsinsel“, einer Strafkolonie, die der Hauptstadt der ehemaligen französischen Kolonie Guayana vorgelagert ist.“¹⁹ Das Gestapo-Lager war ursprünglich für 200 Häftlinge eingerichtet worden und anfangs mit etwa 50 bis 60 Gefangenen belegt. Später waren dann zwischen 300 bis 400 Häftlinge inhaftiert, aber zum Schluss war es zeitweise sogar mit 500 Gefangenen belegt.²⁰ Die Zustände, die dort „geherrscht haben, waren unmenschlich. Die Unterkünfte waren voller Läuse und Ungeziefer, Waschgelegenheiten gab es nur im Freien. Mit einer Art Kartoffelsuppe aus ungeschälten Kartoffeln wurden die Häftlinge gepflegt.“²¹

Die Häftlinge mussten zwölf Stunden am Tag Schwerarbeit verrichten²², begleitet durch unmenschlichen Drill und willkürliche Prügelstrafen. Viele von ihnen wurden bei den in der Nähe liegenden Vereinigten Deutschen Metallwerken (VDM), im Volksmund „Kupferwerke“ genannt, eingesetzt, sowie bei ihrer benachbarten Tochterfirma VDM-Luftfahrtwerke. Das Betriebsgelände erstreckte sich zwischen den Eisenbahnlinien von Frankfurt am Main nach Oberursel am südwestlichen und nach Bad Homburg v. d. Höhe²³ am östlichen Rand des Fabrikgeländes. Die Arbeitskommandos bestanden aus 20 Häftlingen mit einem uniformierten Wachmann, meist „Notdienstverpflichtete“, die über das Arbeitsamt der Gestapo zugewiesen wurden.

In dieses AEL Heddernheim kam nach seiner Gestapo-Inhaftierung in Offenbach etwa Anfang Mai 1943²⁴ auch Josef Schwarzschild. Laut Himmlers Erlass durften aber keine Juden und politische Häftlinge in Arbeitserziehungslager eingeliefert werden, sie sollten in ein Kon-

¹³ Staatspolizeileitstelle Frankfurt (Main), „Befehle u. Nachrichten (Nur für den Dienstgebrauch)“ Nr. 12 vom 31. März 1942, S. 4, in: Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStA WI), Bestand: 483/1946.

¹⁴ Ebenda, S. 4.

¹⁵ Adolf Diamant „Gestapo Frankfurt am Main. Zur Geschichte einer verbrecherischen Organisation in den Jahren 1933-1945“, S. 209, Frankfurt am Main 1988.

¹⁶ Laut Aussagen von verschiedenen Augenzeugen, befragt vom Verfasser; Erwähnt auch bei Joseph Maurer „Das Werden und Entstehen der „Frankfurter Nervenheilanstalt“ bzw. des heutigen „Waldkrankenhauses bei Köppern im Ts.“, S. 4, masch. Bericht vom Dezember 1955, in: Stadtarchiv Frankfurt am Main, Bestand: Archiv des Heiliggeisthospitals, Nr. 5279, Bl. 18-22.

¹⁷ Heute: U-Bahnlinie „U 3“ von Frankfurt-Südbahnhof nach Oberursel-Hohemark.

¹⁸ Petra Mayer „Das Arbeitserziehungslager Heddernheim unter Berücksichtigung anderer Arbeitslager, ausgehend von den archivalischen Unterlagen und Berichten von Zeitzeugen“, vervielfältigte Auftragsarbeit für das Kulturdezernat der Stadt Frankfurt am Main, S. 24, Frankfurt am Main im Juni 1986.

¹⁹ Ebenda, S. 24/25.

²⁰ Adolf Diamant, a. a. O., S. 209/210.

²¹ Ebenda, S. 209/210.

²² Ebenda, S. 210.

²³ Heute: U-Bahnlinie „U 2“ von Frankfurt-Südbahnhof nach Bad Homburg-Gonzenheim.

²⁴ Das genaue Datum der Überstellung ist wegen fehlender Gestapo-Unterlagen heute nicht mehr feststellbar.

zentrationslager kommen. Es lohnte sich aber für die Gestapo nicht, für ihm allein einen Transport in ein KZ zu organisieren, deshalb wurde er vorerst einmal ins AEL Hedderheim eingeliefert; es diente somit nebenbei auch als KZ-Sammellager. Wie seine Mitgefangenen sollte er sowohl im Stammlager selbst, in Betrieben in der Umgebung, aber auch außerhalb von Frankfurt am Main zur schweren Arbeit eingesetzt werden.

Arbeitskommando Köppern und die „Aktion Brandt“

Eins dieser Häftlings-Arbeitskommandos, dem auch Josef Schwarzschild angehörte, wurde im Sommer 1943 täglich nach Köppern im Taunus²⁵ geschickt. Dort mussten die Gefangenen bei der Erweiterung der bisherigen Pflegeanstalt des „Hospitals zum Heiligen Geist“ zu einem Vollkrankenhaus helfen.²⁶ Beim Ausbau waren auch zivile Bauarbeiter und Angehörige der Organisation Todt (OT), einer paramilitärischen Bautruppe des NS-Regimes, eingesetzt.

Ein Augenzeuge berichtete: „Im Herbst 1942 kamen nun Lastautos mit Baracken, Bohlen, Baumaterialien und allem Handwerkszeug der Firma Holzmann angefahren, und niemand wusste, was hier überhaupt gespielt wurde. Landhaus I wurde geräumt, zur Unterbringung der Arbeiter. Hier waren unzählige Personen beschäftigt (meist Ausländer). Auch die „Blaue Division“ war vorhanden. Fast alle Gebäudeteile kamen fertig mit der Bahn und wurden hier nur zusammengesetzt. Die architektonische Leitung hatte Architekt Karl Fr. Kurz, Frankfurt a. M., und die Leitung wurde von Herrn Direktor Hofacker übernommen.“²⁷

Doch wie kam es dazu? – Am 28. Juli 1942 wurde Prof. Dr. med. Karl Brandt²⁸ in einem Erlass des Führers²⁹ zu Hitlers „Generalbevollmächtigten für das Sanitäts- und Gesundheitswesen“. Brandt war nun zuständig für „Sonderaufgaben und Verhandlungen zum Ausgleich des Bedarfs an Ärzten, Krankenhäusern, Medikamenten usw. zwischen dem militärischen und zivilen Sektor des Sanitäts- und Gesundheitswesens.“ Dazu gehörte auch die katastrophenmedizinische Versorgung schwer betroffener Städte, d. h. die Planung von Lazaretten für zivile Opfer des alliierten Bombenkrieges. Im August 1942 wurde deshalb vom Reichsbeauftragten für die Heil- und Pflegeanstalten, Herbert Linden, eine Umfrage durchgeführt über die Benutzung der Heil- und Pflegeanstalten als Ausweichkrankenhäuser. Die Ergebnisse dieser Befragung verlief wunschgemäß. „In dieser Planung fungierten die geisteskranken Patienten als Platzhalter für den Bedarfsfall.“ Sie sollten jetzt in einer zweiten Phase der „Euthanasie“ während des II. Weltkriegs bedarfsgemäß getötet werden, um jeweils zeitnahen Platz für lokale Bombenopfer zu schaffen.³⁰

Um bei der anzunehmenden Intensivierung des Bombenkrieges weitere Bettenkapazitäten zu schaffen, wurde zusätzlich auch die Erweiterung und der Ausbau der bisherigen Heil- und Pflegeanstalten vorgenommen. Die Planung und Durchführung dieses systematischen Aufbaus von Ausweichkrankenhäusern in luftkriegsgefährdeten Regionen – mit all seinen o. g. Begleitumständen – lief unter der Bezeichnung „Aktion Brandt“.

²⁵ Heute ein Ortsteil von Friedrichsdorf (Taunus).

²⁶ Spruchkammer-Verfahren gegen Tauber und Genossen 1948 in Darmstadt, in: HHStA WI, Bestand 520/DZ, 519.644. Franz Lerner, Leoni Krämer und Hans Lohne, „Das Hospital zum Heiligen Geist. Grundzüge seiner Entwicklung“, hrsg. Von Rainer Koch, S. 261, Kelkheim 1989.

²⁷ Joseph Maurer, a. a. O., S. 4.

²⁸ Karl Brandt, geb. 08.01.1904, Medizinprofessor und einer der Leibärzte Hitlers, durch Führererlass vom 28.07.1942 zu seinem Bevollmächtigten für das Sanitäts- und Gesundheitswesen“ ernannt, zentraler Koordinator für alle in Konzentrationslagern durchgeführten Menschenversuche, durch Führererlass vom 05.09.1943 zum zentralen Leiter des gesamten medizinischen Vorrats- und Versorgungswesens ernannt, durch Führererlass vom 25.08.1944 wurde er Reichskommissar für das Sanitäts- und Gesundheitswesen, Hitler direkt unterstellt; wegen seiner Beteiligung an Menschenversuchen wurde er im Nürnberger Ärzteprozess am 20.08.1947 zum Tode verurteilt und am 02.06.1948 gehängt.

²⁹ Reichsgesetzblatt Nr. 87 vom 17.08.1942, S. 516, Berlin 1942

³⁰ Götz Aly „Medizin gegen Unbrauchbare. Die „Aktion Brandt“ – Katastrophenmedizin und Anstaltsmord“, S. 56 – 58, in: „Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik“, Heft 1: „Aussonderung und Tod. Die klinische Hinrichtung der Unbrauchbaren“, Berlin 1987²

„Bauträger der so erstellten Krankenhaussonderanlagen Aktion Brandt war der Chef der Organisation Todt. Die Betriebsmittel stellte das Amt Bau OT zur Verfügung. (...) Die Kosten der OT-Bauten übernahm der RMfRuM (Reichsminister Albert Speer, der Verf.), der für diesen Zweck aus seinem Haushaltsetat der OT die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellt. Die bereitgestellten Mittel waren von der OT im Rahmen des auftretenden Bedarfs für die einzelnen Bauvorhaben auszugeben. (...) Das Amt Bau OT bestimmte, in welcher Form die beschlossenen Bauvorhaben durchzuführen sind.“³¹

Für normale Krankenhaus-Sonderanlagen betrug der Bauaufwand jeweils u. a. 250 Tonnen Eisen und kostete etwa 2,5 Mio. RM.³² Für den Ausbau solcher Ausweichkrankenhäuser wurden zuerst genormte, vorgefertigte Bauelemente für Holzbaracken von 42,5 Metern Länge und 12,5 Metern Breite verwendet, die auf zementierten Fundamenten aufgebaut wurden.³³

In Köppern im Taunus war die Stadt Frankfurt am Main Eigentümer des Grundstücks.³⁴ Es war geplant, im Rahmen der „Aktion Brandt“ dort ein Vollkrankenhaus mit insgesamt 500 Betten zu schaffen.³⁵ Mit den Bauarbeiten wurde bereits im Herbst des Jahres 1942 begonnen.³⁶

Das dafür verwendete neuartige Baumaterial bestand aus Schwemmerzement. Er „wird im Gegensatz zu früher benutzten Schwemmsteinen in größeren Platten gegossen, die gegeneinander durch Nase und Rille verzahnt zu Wänden zusammengesetzt werden und ihre Stütze durch ebenfalls aus dem gleichen Material bestehende Pfosten erhalten. Die Bauweise ist infolgedessen sehr einfach und praktisch und das Material kann jederzeit wieder anderweitig verwendet werden.“³⁷

Im Auftrag der Organisation Todt wurden für die Bauausführung das zivile Bauunternehmen Holzmann, aber auch Häftlinge des AEL Heddernheim eingesetzt. Einer dieser Gefangenen im Sommer 1943 war auch Joseph Schwarzschild. Über die damaligen Ereignisse wurde berichtet: „Seine Frau konnte ihn dank der Mitteilungen hilfsbereiter Menschen noch einige Male in Heddernheim und Köppern, wo er zunächst arbeiten musste, sehen und auch mit Hilfe eines mitleidigen SS-Wachpostens mit ihm zusammentreffen und ihm Essen bringen.“³⁸ „Vom April bis September 1943 wurde er in Offenbach und den Lagern Heddernheim und Köppen drangsaliert, bis der menschenverachtende deutsche Faschismus seinem gerade fünf- unddreißigjährigen Leben ein Ende setzte.“³⁹

Konzentrationslager Auschwitz

Josef Schwarzschild wurde etwa am 6. September 1943⁴⁰ mit einem Eisenbahnsammeltransport ins KZ Auschwitz-Birkenau deportiert. Dort wurde er zuerst einmal als arbeitsfähig ein-

³¹ Stellungnahme von Dr. Schulze in einem Schreiben an das Hessische Staatsministerium, Der Minister der Finanzen, vom 07.10.1949, in: HHStA WI, Bestand: 519/V-3107-270.

³² Albert Speer in einem Schreiben an Prof. Karl Brandt vom 10.07.1944, in: Bundesarchiv Koblenz, Bestand: R 3/1574.

³³ Götz Aly, a. a. O., S. 69.

³⁴ Aktennotizen vom 26.09. und 30.09.1947 sowie Schreiben an das Landesamt für Vermögenskontrolle vom 20.10.1947 des Leiters des Amtes für Vermögenskontrolle im Obertaunuskreis, zur Abwicklung der Einsatzgruppe West der Organisation Todt, in: HHStA WI, Bestand: 519/V-3107-270.

³⁵ Franz Lerner, Leoni Krämer und Hans Lohne, a. a. O., S. 261.

³⁶ Ebenda, S. 268.

³⁷ Aktennotiz für den Reichsgesundheitsführer von Prof. Wirz vom 15.05.1943, in: Bundesarchiv Berlin, Bestand: R 1501/3809.

³⁸ Dr. Hans Henrich „Vom Werden der Sozialdemokratie in Steinbach“, in: „Steinbacher Hefte“, Heft Nr. 3, S. 24, Steinbach a. Ts. 1976.

³⁹ Manfred Hundt „Steinbacher Geschichte(n). Das kurze Leben des Josef Schwarzschild“, in: „Steinbacher Hefte“, Heft Nr. 21, S. 53, Steinbach a. Ts. 1987

⁴⁰ Das genaue Datum der Deportation ist wegen fehlender Gestapo-Unterlagen und Transportlisten heute nicht mehr feststellbar.

gestuft und ins Lagersystem zur „Vernichtung durch Arbeit“⁴¹ eingegliedert. Über ihn wurden Karteikarten angelegt, und er erhielt eine Lagernummer auf seinen linken Unterarm tätowiert.⁴² Laut Eintragung im Sterbebuch ist er am 10. Dezember 1943 im KZ Auschwitz „an den Folgen von Herzmuskelschwäche“ gestorben.⁴³ Es kann mit sehr großer Wahrscheinlichkeit angenommen werden, dass Josef Schwarzschild zusammen mit anderen Leidensgefährten in einer der Gaskammern des Konzentrationslagers mit dem Giftgas „Zyklon B“ ermordet wurde.

Krankenhaus-Sonderanlage Köppern i. Ts.

Mit dem Ausbau der Krankenhaus-Sonderanlage sollte sowohl die „Euthanasie“ als auch die teilweise Verlegung dieser Patienten beginnen.⁴⁴ Ein Teil ist in die „Pflegeanstalt für Alte und Sieche“ beim Hospitalgut „Hohenwald“⁴⁵ des „Hospital zum Heiligen Geist“ in der Waldsiedlung Oberhöchstadt verlegt worden, wo jetzt etwa 250 Personen versorgt werden konnten.⁴⁶ Vorher waren dort im Auftrag der OT drei neue Baracken errichtet worden, die u. a. 1944 auch von einem Arbeitskommando des AEL Hedderheim aufgebaut wurden.⁴⁷

Die umfangreichen Baumaßnahmen näherten sich ihrem Ende. Der Oberbürgermeister von Frankfurt am Main traf sich am 17. November 1943 mit dem Chef des Sanitätswesens der Organisation Todt, Dr. med. Poschmann. In dieser Besprechung wurde er davon informiert, dass Prof. Brandt verfügt hatte, dass die Krankenhaus-Sonderanlage Köppern im Taunus der Stadt ohne Gegenleistung geschenkt werden soll. Zudem wurde auch vereinbart, dass das „Hospital zum Heiligen Geist“ die Verwaltung und der Oberverwaltungsdirektor Hofacker weiterhin Leiter der Verwaltung in Köppern bleiben sollte. Vorgesehen war zudem, das Ausweichkrankenhaus schlüsselfertig zu übergeben, welches fortan offiziell die Bezeichnung „Krankenhaus-Sonderanlage Aktion Brandt, Anlage Köppern i. Ts.“ zu führen hatte. Alle Frankfurter Krankenhäuser dürften dorthin Patienten einweisen können, bei Großkatastrophen müsste dies aber auch überörtlich möglich sein. Die Kosten der Geschäfts- und Betriebsführung sollte die Stadt Frankfurt am Main übernehmen, im Rahmen des Vertrages zwischen Stadtverwaltung und Hospital vom 03.10.1934.⁴⁸ In einem Schreiben des Generalkommissars des Führers für das Sanitäts- und Gesundheitswesen (Prof. Brandt) vom 28. Januar 1944 wurden einzelne getroffene Vereinbarungen noch einmal in wichtigen Teilen schriftlich bestätigt.⁴⁹

⁴¹ Dieser Begriff wurde zuerst verwendet in einem Bericht von Reichsminister Thierack über eine Besprechung mit dem Reichsführer-SS Himmler am 18. September 1942, in dem beide die „Auslieferung asozialer Elemente aus dem Strafvollzug an den Reichsführer-SS zur Vernichtung durch Arbeit“ vereinbarten. Quelle: Dokument 654-PS in: Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg 14. November 1945 – 1. Oktober 1946, Band XXVI, Seite 201, Nürnberg 1947.

⁴² Vor der Befreiung durch die Rote Armee ließ die SS fast alle Unterlagen des KZ Auschwitz-Birkenau vernichten; wegen der fehlenden Nummernkarten ist diese Häftlingsnummer von Josef Schwarzschild heute nicht mehr feststellbar.

⁴³ Sterbebücher des KZ Auschwitz-Birkenau, Eintragung vom 31.12.1943, lfd. Nr. des Sterbeeintrags 35920/1943, in: Archiv des Staatlichen Museums Auschwitz-Birkenau; auch in: „Sterbebücher von Auschwitz, Fragmente“, Band 3: „Namensverzeichnis M-Z“, hrsg. vom Staatlichen Museum Auschwitz-Birkenau, München 1995; Mitteilung des KZ Auschwitz vom 15.01.1944 an die Witwe Maria Schwarzschild, sowie die beigefügte Sterbeurkunde vom 15.01.1944, in: Archiv des Verfassers (Fotokopien).

⁴⁴ Ute Daub „Täter waren Internisten, Chirurgen und Gynäkologen mit gutem Ruf. Die „Aktion Brandt“ – Euthanasie in Köppern in den letzten Jahren des „Dritten Reiches“, in: „Frankfurter Rundschau“, Nr. 133 vom 10.06.1992, S. 18.

⁴⁵ heute ein Ortsteil von Kronberg im Taunus.

⁴⁶ Franz Lerner, Leoni Krämer, Hans Lohne, a. a. O., S. 265 und 268.

⁴⁷ Spruchkammer-Verfahren gegen Tauber und Genossen..., a. a. O. Schreiben der Stadt Frankfurt am Main an das Amt für Vermögenskontrolle in Bad Homburg v. d. H. vom 07.02.1949, in: HHStA WI, Bestand: 519/V-3107-270.

⁴⁸ Besprechungsniederschrift des Magistrats, in: HHStA WI, Bestand: 519/V-3107-270.

⁴⁹ Abschrift des Originalbriefs; in: HHStA WI, Bestand: 519/V-3107-270.

Laut einer Nachkriegsaufstellung zur Abwicklung der Organisation Todt beliefen sich die gesamten Baukosten für diese Krankenhaus-Sonderanlage in Köppern auf etwa 3 Mio. RM.⁵⁰ „Als alles fertig war, hieß es „Ausweichkrankenhaus“ für Frankfurt a. M., und die Leitung wurde von Herrn Direktor Hofacker übernommen.“⁵¹ Nach dem verhängnisvollen II. Weltkrieg blieb eine mit so viel Schweiß und Blut ausgebaute Krankenanstalt zurück, in der bis zu 550 Kranke versorgt werden konnten.⁵²

Ergänzende Hinweise

Vom AEL Heddernheim wurden insgesamt drei Arbeitskommandos angefordert, deren Gefangene an verschiedenen Orten im früheren Obertaunuskreis jeweils Holzbaracken aufzubauen hatten. An erster Stelle steht hier das bereits genannte Arbeitskommando Köppern in der damaligen Pflegeanstalt des „Hospital zum Heiligen Geist“.

Eng damit zusammenhängt das Hospitalgut Hohenwald in der Waldsiedlung Oberhöchstadt bei Kronberg i. Ts., wo ein weiteres Arbeitskommando die Pflegeanstalt für Alte und Sieche mit 250 Betten ausbauen musste (dies ist bereits im obigen Beitrag kurz erwähnt worden).⁵³

Ein drittes Arbeitskommando sollte etwa Ende April/Anfang Mai 1944 in Oberursel/Ts. Baracken für die Motorenfabrik Oberursel von Klöckner-Humboldt-Deutz (heute: Rolls-Royce) aufbauen. Damals kamen etwa 400 Mitarbeiter der Entwicklungsabteilung der Firma Junkers aus Dessau nach Oberursel, um dort unter Leitung von Ferdinand Brandner den Jumo 222 E, einen Flugmotor für große Höhen, in Oberursel fertig entwickeln zu können.⁵⁴

Das größte Außenlager des AEL Heddernheim mit 150 bis 300 Gefangenen befand sich hingegen im Norden des Altkreises Usingen, im früheren Lager des Reichsarbeitsdienstes (RAD) „Bemelberg“ in Hundstadt, heute ein Ortsteil von Grävenwiesbach. Dort mussten die Gefangenen der Gestapo für die „Spessart AG“ der VDM Luftfahrtwerke in Frankfurt-Heddernheim 1944/45 einen Teil des Betriebes in und an den „Hasselborner Tunnel“ verlagern und danach auch in der Herstellung von Propellern für Jagdflugzeuge arbeiten.⁵⁵

Vom AEL Heddernheim gab es in der näheren und weiteren Umgebung noch folgende Arbeitskommandos bzw. Außenlager: Biblis, Bleidenstadt, Etingshausen, Freienseen, Friedberg (Hessen), Griesheim (bei Darmstadt), Hirzenhain, Lehrbach (heute ein Ortsteil von Kirtorf), Nidda-Harb, Schweinfurt und Seligenstadt.⁵⁶

Bad Homburg v. d. Höhe, 26.03.2009

⁵⁰ in: HHStA Wiesbaden, Bestand: 519/V-3107-270.

⁵¹ Joseph Maurer, a. a. O., S. 4.

⁵² Ute Daub, „Krankenhaus-Sonderanlage Aktion Brandt in Köppern im Taunus – die letzte Phase der „Euthanasie in Frankfurt am Main. Zur politischen und historiographischen Rezeption der ‚Aktion Brandt‘“, in: Psychologie & Gesellschaftskritik, Heft 62 (Euthanasie + Modernisierung), S. 45, Frankfurt am Main 1992. Heute ist dort das „Waldkrankenhaus Köppern“ des „Zentrums für Soziale Psychiatrie Hochtaunus gGmbH“.

⁵³ Spruchkammer-Verfahren gegen Tauber und Genossen..., a. a. O. Franz Lerner, Leoni Krämer und Hans Lohne, a. a. O., S. 261. Heute befindet sich dort das „Seniorenstift Hohenwald“ der „Stiftung Hospital zum Heiligen Geist“.

⁵⁴ Spruchkammer-Verfahren gegen Tauber und Genossen..., a. a. O. Robert Buchwald, ehem. jüdischer Häftling im AEL Heddernheim und KZ Buchenwald, Briefe vom 21.08. und 24.07.1995 an den Verfasser, Privatarchiv Bernd Vorlaeufer-Germer, Bad Homburg v. d. Höhe. Bernd Ochs, e-mail vom 26.02.2009 an den Verfasser. Erich Auersch, Werksmuseum Rolls-Royce, Oberursel, e-mail vom 18.03.2009 an den Verfasser.

⁵⁵ Bernd Vorlaeufer-Germer, „Der Eisenbahntunnel zwischen Grävenwiesbach und Hasselborn im Zweiten Weltkrieg“, in: Hochtaunuskreis/Der Kreisausschuss (Hrsg.): Jahrbuch Hochtaunuskreis 2000. Bad Homburg v. d. Höhe 1999.

⁵⁶ Spruchkammer-Verfahren gegen Tauber und Genossen..., a. a. O.